

3.1 ↘ Europas Verteidigung im Zeichen der NATO

Die Verteidigung Europas wird gegenwärtig durch die NATO-Militärstrategie von 2019 geregelt. Sie basiert auf einer Doktrin, die von der US-Armee für die erwarteten Großmachtkonflikte des 21. Jahrhunderts entwickelt wurde (→ U.S. Department of the Army 2022). Die Strategie geht in ihren konventionellen und nuklearen Grundannahmen von einer aktiven Beteiligung der USA aus. Sollte es zu einem Rückzug der US-Fähigkeiten aus der europäischen Verteidigung kommen, wäre eine umfassende Revision der NATO-Strategie nötig. Dies würde sowohl auf nuklearer als auch auf konventioneller Ebene eine Anpassung der Erwartungen und eine Neuausrichtung bestehender Doktrinen erfordern.

Europas Verteidigung
ist hochgradig
von den USA abhängig

3

91

Die konventionelle Verteidigungsstrategie der NATO setzt in hohem Maße auf Luftschlüsse sowie den Einsatz konventioneller Raketen und Marschflugkörper. Dies soll eine Manöverkriegsführung mit hochbeweglichen Kräften zu ermöglichen, um angreifende russische Kräfte frühzeitig zu zerschlagen (→ 3.3 Rückkehr der Mittelstreckenraketen nach Europa). Dazu können Operationen auf russischem und belarussischem Territorium notwendig sein. Für die Umsetzung der Strategie ist die NATO stark auf US-Fähigkeiten zur weitreichenden, präzisen und zeitkritischen Zielaufklärung angewiesen – Kapazitäten, die die europäischen Staaten weder kurz- noch mittelfristig ersetzen können. Auch bei der Produktion weitreichender Präzisionswaffen besteht eine erhebliche Abhängigkeit von den USA.

Eine europäische Strategie ohne die USA könnte bedeuten, im Baltikum weniger auf schnelle, bewegliche Angriffsoperationen (Manöverkriegsführung) und stärker auf eine Verteidigungsstrategie zu setzen, die das Halten und Sichern von Gebieten zum Ziel hat (Raumverteidigung). Dies würde den Aufbau eines gestaffelten Netzwerks aus Verteidigungs- und Sperranlagen an den Grenzen der baltischen Staaten erfordern. Eine solche Raumverteidigung hätte den Vorteil, dass sie den politischen und geografischen Gegebenheiten in der Region besser gerecht würde. Ihre Umsetzung wäre nicht auf Vorstöße auf russisches oder belarussisches Territorium angewiesen – ein Aspekt, der angesichts der nuklearen Eskalationsgefahr und der Frage der politischen Autorisierbarkeit solcher Optionen von Bedeutung ist.

Die nötigen Fähigkeiten für eine effektive Raumverteidigung könnten von den europäischen NATO-Staaten in Zusammenarbeit mit der Ukraine relativ kurzfristig bereitgestellt werden, insbesondere eine massive Aufstockung der Artillerie und taktischer Drohnen sowie die Unterstützung der baltischen Staaten beim Aufbau eines Verteidigungsgürtels an den Grenzen zu Russland und Belarus („Baltic Defence Line“).

Im nuklearen Bereich beruht die aktuelle Abschreckungsstrategie auf der Annahme, dass das US-amerikanische Nukleararsenal einen begrenzten Einsatz russischer Atomwaffen erfolgreich verhindert. Auf der substrategischen Ebene – also unterhalb der

Schwelle strategischer Nuklearwaffen, die für großflächige Zerstörung und interkontinentale Abschreckung konzipiert sind – drohen die USA mit einer symmetrischen nuklearen Antwort oder einem massiven konventionellen Gegenschlag. Entscheidend ist, dass diese Reaktion erfolgen kann, ohne das eigene strategische Nukleararsenal einzusetzen oder zu gefährden. Dadurch bliebe die strategische Abschreckung unangetastet, was eine Drohung unterhalb dieser Schwelle glaubwürdiger macht. Das US-amerikanische Nukleardispositiv und der sicherheitspolitische Austausch mit den Verbündeten haben sich über Jahrzehnte hinweg entwickelt und sind mit europäischen Arsenalen in naher und mittlerer Zukunft nicht reproduzierbar.

Neben militärischen Einschränkungen durch fehlende Systeme für einen begrenzten Nuklearkrieg muss eine europäische nukleare Abschreckung vorrangig zwei politische Herausforderungen bewältigen:

Erstens Das Problem der Kontrolle

Unabhängig von möglichen neuen Regelungen bleibt die Entscheidung über den Einsatz von Nuklearwaffen in den Händen des französischen Präsidenten und des britischen Premierministers. Diese Verantwortung auf eine EU-Struktur zu übertragen erscheint schwer vorstellbar. Selbst eine Teilfinanzierung der nuklearen Kapazitäten durch andere europäische Staaten lehnt Frankreich ab, da sie Abhängigkeiten schaffen könnte. Stattdessen könnten EU-Staaten verstärkt in konventionelle militärische Fähigkeiten investieren, um Frankreichs nukleare Rolle indirekt zu kompensieren. Zugleich müsste Frankreich den sicherheitspolitischen Austausch über taktische Nukleareinsatzpläne intensivieren – idealerweise in einer Form, die den Strukturen der Nuklearen Planungsgruppe der NATO ähnelt.

Zweitens Die grundsätzliche Unglaubwürdigkeit erweiterter nuklearer Abschreckung

Die erweiterte Abschreckung ist per Definition mit Unsicherheiten behaftet, da sie existenzielle Risiken für das Heimatteritorium der Nuklearmacht mit sich bringt. Ihre Glaubwürdigkeit wird daher durch symbolische Handlungen wie öffentliche Erklärungen von Staatsoberhäuptern oder die Stationierung von Atomwaffen in verbündeten Ländern demonstrativ unterstrichen. Frankreich hat die erweiterte Abschreckung der USA stets als unzuverlässig betrachtet und deshalb ein eigenes Nuklearwaffenarsenal aufgebaut. Diese skeptische Haltung in eine glaubwürdige Garantie zu überführen, erfordert erhebliche politische Anstrengungen. Das gilt insbesondere, weil der Rassemblement National bereits Widerstand gegen eine Europäisierung der französischen nuklearen Abschreckung angekündigt hat und dieser politisch mehrheitsfähig werden könnte. Ansatzpunkte könnten dagegen gemeinsame Übungen mit europäischen Luftwaffen zur konventionellen Unterstützung nuklearer Missionen sowie eine schrittweise Anpassung der französischen Nukleardoktrin sein – etwa durch Reden des Präsidenten. Die Bundesregierung sollte politische Vorarbeit leisten, um eine schrittweise Ausweitung der französischen nuklearen Abschreckung in Europa zu unterstützen.